

Doppelhaushalt 2021/2022

Neue Schulden in den kommenden 2 Jahren

Doppelhaushalt mit Stimmen der Ampel-Parteien beschlossen – CDU will die Kinderbetreuung stärken und die Digitalisierung in den Schulen vorantreiben

In der vergangenen Sitzung stimmte der Stadtrat über den Doppelhaushalt 2021/2022 ab. Damit stellte er die politischen Weichen für die nächsten zwei Jahre – und das inmitten der Corona-Krise, deren wirtschaftliche Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

Im Haushalt der Stadt Mainz machte sich die Krise aber schon bemerkbar. Der Entwurf von Finanzdezernent Günter Beck (Grüne) sieht für das Jahr 2021 ein Defizit von 41,7 Millionen Euro und für das Jahr 2022 ein Minus von 43,5 Millionen Euro vor. Für die Stadt Mainz ist das ganz besonders hart, denn in den vergangenen Jahren hat sich die finanzielle Lage ein wenig entspannt. Zuletzt konnte die Stadt sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Im Wesentlichen lag das jedoch an den guten Rahmenbedingungen. Die Steuereinnahmen haben durch den wirtschaftlichen Aufschwung reichlich gesprudelt. Die CDU mahnt schon seit vielen Jahren, dass diese „goldenen Jahre“ ein Ende haben werden. Die strukturellen Probleme haben sich in Rheinland-Pfalz in der Zwischenzeit leider nicht verbessert. Das Land verletzt immer noch das Konnexitätsprinzip und verlagert Aufgaben auf die Kommunen, ohne ihnen dafür Geld zu geben.

Die Vorzeichen des neuen Haushaltsplanes waren somit alles andere als rosig. Dennoch sah die CDU trotz des geringen Spielraums an einigen Punkten erheblichen Nachbesserungsbedarf und stellte einen Haushaltsbegleitantrag. Der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning machte in seiner Haushaltsrede einige Punkte deutlich:

Familie und Jugend

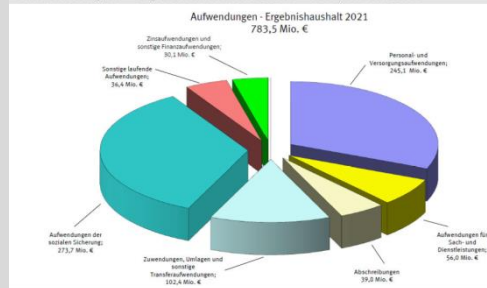
„Aufgrund des neuen Rechtsanspruchs ‚7 Stunden plus Mittagessen‘ müssen viele neue Stellen nicht nur im Erzieherbereich geschaffen werden“, erklärt Schöning. Das bedeute, dass bis 2024 19 neue Kitas und viele Ersatzneubauten entstehen müssen. Außerdem müsse das Betreuungsangebot verändert bzw. erweitert werden. So werde es frühestens erst im Laufe der nächsten Jahre gelingen, alle Rechtsansprüche vollumfänglich zu erfüllen. „Bis dahin stehen die Eltern zum Teil weiterhin im Regen“, so Schöning. Außerdem lasse die Stadt auch die Freien Träger im Stich. Das sei jedoch ein fataler Fehler, denn jeder Platz, den die Freien Träger aufgeben, müsse von der Stadt aufgefangen werden. Die CDU fordert in ihrem Begleitantrag ausreichend Mittel für die Kitaplatzvergabe zur Verfügung zu stellen, die betrieblichen Betreuungsangebote auszubauen und eine 24-Stunden-Kita zu schaffen, um auch die Familien im Schichtdienst zu entlasten. Das Konzept der Frischküchen in Kitas sei grundsätzlich sehr wünschenswert und für weitere (Cluster)Küchen sollten Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro eingestellt werden.



Hannsgeorg Schöning spricht im Stadtrat die Themen an, bei denen die CDU den größten Handlungsbedarf sieht.

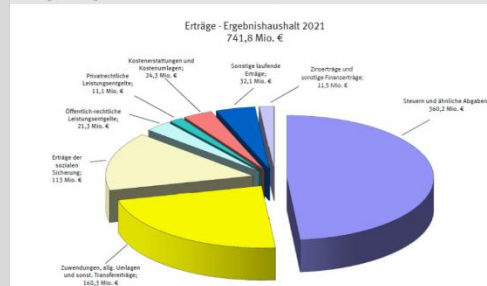
„Die Stadt hängt bei der Digitalisierung der Schulen massiv hinterher.“

Aufwendungen – Ergebnishaushalt 2021 – 783,5 Mio. Euro



Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Sport – Bürgermeister Günter Beck

Erträge – Ergebnishaushalt 2021 – 741,8 Mio. Euro



Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Sport – Bürgermeister Günter Beck



Doppelhaushalt 2021/2022 – Fortsetzung

Digitalisierung der Schulen

Im Folgenden ging Schöning in seiner Rede auf die Digitalisierung der Schulen ein. Die Corona-Krise habe deutlich gemacht, dass die Stadt bei diesem Thema hinterher hänge. „Wir brauchen flächendeckendes WLAN, Medienkonzepte, digitale Endgeräte und einen zuverlässigen IT-Support für die Schulen – und zwar schnell!“, betont Schöning. Die Ausstattung der Mainzer Schulen sei in vielen Fällen unzureichend und eine Anfrage der CDU zu diesem Thema habe deutlich gemacht, dass das Schulamt die Schulen in vielen Dingen allein lasse. Die CDU forderte deshalb in ihrem Begleitantrag, in einem ersten Schritt die offenen Stellen im Schulamt zu besetzen. In einem zweiten Schritt sollen die Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen werden und die Digitalisierung der Schulen mit Nachdruck verfolgt werden.

Sanierung des Rathauses

Als wohl wichtigsten Kritikpunkt kommt der CDU-Fraktionsvorsitzende auf das Rathaus zu sprechen. Es sei unseriös, dass Oberbürgermeister Michael Ebling in seinen ersten Kostenschätzungen von unter 50 Millionen Euro ausgegangen sei und die Prognosen Scheibchenweise auf knapp 100 Millionen Euro erhöht habe. „Steuergelder in diesem Umfang aus dem Fenster zu werfen, ist verwerflich“, betont Schöning. Im Haushalt seien trotz der Prognose von 100 Millionen Euro erst 72 Millionen Euro eingestellt. „Das widerspricht aus unserer Sicht wesentlichen Haushaltsgrundsätzen, wie der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit“, macht Schöning klar. Die Bürgerinnen und Bürger werden an dieser Stelle bewusst getäuscht. Die CDU fordert daher, dieses Prestigeprojekt zu stoppen. Die Fördermittel können hingegen auch für andere Projekte verwendet werden, da sie im Wesentlichen aus Landeshauptstadtzuschüssen stammen.

Abstimmung

Trotz der genannten Kritikpunkte hob Schöning zwei Besonderheiten des Haushaltsentwurfs vor: Zum einen sei der Entwurf von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung erstellt worden. Diese machen täglich einen hervorragenden Job und es sei wichtig, ihnen in dieser schwierigen Zeit ein positives Signal zu senden. Zum anderen sei der Haushalt erstellt und gültig in einer absoluten Krisenzeit. Normale Maßstäbe seien somit nicht sinnvoll anzulegen. Außerdem seien so viele öffentliche Mittel vom Bund enthalten wie noch nie. „Ich erinnere nur an die Position ‚Ausgleich der Gewerbesteuer‘. Da reden wir von richtig viel Geld!“ so Schöning. Dass dieses Geld von einer CDU geführten Bundesregierung komme, begrüße die Fraktion sehr und freue sich über die Entlastung des Haushaltes.

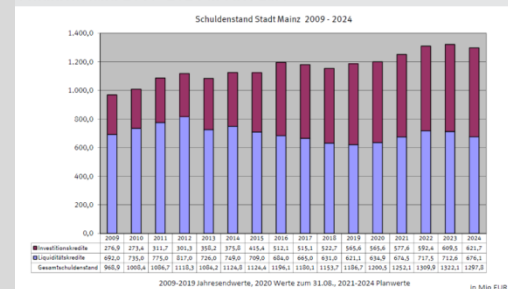
Schlussendlich konnte die CDU aus gewichtigen Gründen dem Haushalt nicht zustimmen, doch ebenso gute Gründe sprachen gegen eine Ablehnung. Logische Konsequenz: Enthaltung. Mit diesem Votum hat die CDU ein Zeichen Richtung Verwaltung gesendet, dass der Fraktion in dieser besonderen Lage an einer konstruktiven Zusammenarbeit und einer realitätsnahen Politik in Mainz gelegen ist.



Forderungen des CDU-Haushaltbegleitantrages:

- **Planungsmittel für einen neuen Stadtteil**
- **Ausreichende Mittel für das Gutenberg-Museum**
- **Planungsmittel für eine neue Straßenbrücke über den Rhein**
- **Mehr Geld für Bäume**
- **Mehr Geld, um die Brunnen einzuschalten und neue zu bauen**

Schuldenstand 2009–2024 in Mio. Euro



Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Sport – Bürgermeister Günter Beck

Antrag: Ausbau des Biotechnologiestandorts Mainz

Stadtrat stärkt Biotechnologiestandort Mainz

Biotech-Campus soll entstehen; Mehr Geld und Personal für Biotech-Cluster

Technologischer Fortschritt und Innovationen sind wichtige Treiber für den Wandel unserer modernen Welt. Sie schaffen Gesundheit und Wohlstand und tragen dazu bei, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Eines der erfolgversprechendsten Zukunftstechnologien ist die Biotechnologie.

Dem Mainzer Vorzeigeunternehmen im Bereich der Biotechnologie BioNTech ist vor kurzem der Durchbruch bei der Suche nach einem Corona-Impfstoff gelungen. Es war das erste Unternehmen weltweit, welches die Phase 3 bei der Entwicklung eines Impfstoffs abgeschlossen hat. Mittlerweile hat zwar das Unternehmen Moderna nachgezogen und auch andere Unternehmen melden Fortschritte, aber auf den Biotechnologie-Standort Mainz ist die internationale Gemeinschaft trotzdem aufmerksam geworden. Zumal das nicht die erste Schlagzeile war, denn bereits seit BioNTech an einer Krebsimmuntherapie arbeitet, ist die Aufmerksamkeit groß. BioNTech, die TRON gGmbH sowie die Universitätsmedizin vermelden häufig wissenschaftliche Durchbrüche. Auch die Förderung des Bundes mit dem Cl3 Cluster international war ein großer Erfolg.

Diesen Schwung möchte die CDU-Stadtratsfraktion nutzen und hat deshalb einen Antrag eingebracht, um den Biotechnologiestandort Mainz auszubauen. Der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning erklärt, was es dazu benötigt: „In erster Linie Flächen zum Expandieren. Auch muss die Stadt gemeinsam mit Partnern, und hier ist vor allem das Land Rheinland-Pfalz gemeint, das nötige Personal und die finanziellen Mittel für diesen Bereich zur Verfügung stellen“, so Schöning. Das Technologiezentrum Mainz (TZM) habe die Biotechnologieunternehmen lange Zeit tatkräftig unterstützt. Firmen wie Galantos und TRON sowie auch BioNTech selbst hatten dort entsprechende Laborflächen angemietet. Allerdings wurde dieses Biotechnikum im Jahr 2019 an eine Ausgründung der Universität verkauft. „Seit diesem Zeitpunkt gibt es für Neuausgründungen aus der Universität als auch für Firmen aus der Biotechnologie, die sich in Mainz ansiedeln wollen, so gut wie keine Angebote für anmietbare Laborflächen“, sagt Schöning. Der Standort Mainz benötige jedoch weitere Flächen dieser Art, um den Anforderungen der Forschungseinrichtungen und Firmen gerecht zu werden.

Die Ampel-Fraktionen wollten den Antrag der CDU nutzen und auf den Zug aufspringen. Sie reichten einen Änderungsantrag mit sehr ähnlichen Forderungen ein. Das kritisierte nicht nur die CDU. Auch andere Parteien monierten dieses Vorgehen. Daraufhin lenkten die Vertreter der Fraktionen ein, beantragten eine kurze Unterbrechung und arbeiteten mit der CDU einen gemeinsamen Antragstext aus. Der neue Antrag wurde einstimmig beschlossen. Schöning sei froh darüber, dass die Parteien ein Zeichen gesetzt haben, um den Biotechnologiestandort Mainz zu stärken und ihn wettbewerbsfähig und zukunftssicher zu machen. Es sei erfreulich, dass der Stadtrat in dieser Sache an einem Strang ziehe. „Jetzt, da die ganze Weltöffentlichkeit nach Mainz blickt, müssen wir mehr denn je diesen Technologiezweig fördern. Wenn nicht jetzt, wann dann!“, fragt Schöning abschließend.



Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz und CDU-Fraktionsvorsitzender Hannsgeorg Schöning wollen Mainz zukunftssicher machen.

**„Wir müssen unseren
Biotechnologiefirmen
ausreichend Flächen zum
expandieren anbieten.“**



Antrag: Institut Français Mainz barrierefrei gestalten

Institut Français Mainz soll barrierefrei werden

Stadtrat beschließt mehrheitlich den längst überfälligen Umbau

Das Institut Français bietet eines der am breitesten aufgestellten Netze französischer Kulturinstitute weltweit. Mit der Kultur- und Bildungsarbeit stärkt es nicht nur den wirtschaftlichen, politischen und konsularischen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich, sondern bietet den Mainzer Bürgerinnen und Bürgern auch einen Zugang zu der französischen Sprache und Kultur. Somit leistet es einen unverzichtbaren kulturellen und gesellschaftlichen Beitrag in unserer Stadt. Leider ist das historische Gebäude nicht barrierefrei. So fällt es Menschen mit Behinderung schwer, dieses kulturelle Angebot wahrzunehmen.

Für die CDU-Bundestagsabgeordnete und Mainzer Stadträtin Ursula Groden-Kranich ist das eine Herzensangelegenheit. Von Kind auf hat sie einen engen Bezug zu Frankreich und der französischen Kultur. Sie beherrscht nicht nur die Sprache, sondern steht auch im engen Kontakt mit ihren französischen Kolleginnen und Kollegen. „Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Pfeiler der europäischen Politik“, sagt Groden-Kranich. Mit dem Institut Français habe Mainz eine direkte Verbindung in das Nachbarland, die Gold wert sei. Diese Verbindung gelte es zu bewahren und zu stärken. Aus diesem Grund steht Groden-Kranich auch in engem Austausch mit den Verantwortlichen des Instituts, um sich über deren Wünsche und Bedürfnisse auszutauschen. „Das Gebäude barrierefrei zu gestalten ist ein wichtiges Thema – und das schon sehr lange“, erklärt Groden-Kranich. Für viele Menschen seien die Treppen eine so große Hürde, dass sie das Angebot des Instituts nicht wahrnehmen können. „Es kann nicht sein, dass wir uns in der heutigen Zeit immer noch über Barrierefreiheit in öffentlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen unterhalten müssen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein“, so Groden-Kranich. Beim Institut Français sei das aber leider nicht der Fall.

Der CDU-Baupolitiker Thomas Neger machte in seiner Stadtratsrede deutlich, dass die Stadt Mainz diesbezüglich schon seit vielen Jahren Gespräche mit dem Land und der Universität führe. Die komplizierten Eigentumsverhältnisse machen das zwar notwendig, aber so sei man bisher zu keinem Ergebnis gekommen. „Heute wollen wir den klaren Auftrag an die Verwaltung erteilen, die längst überfällige bauliche Anpassung vorzunehmen“, so Neger. Insbesondere die Menschen der älteren Generation haben die Städtepartnerschaften in Mainz jahrelang gelebt und mitgestaltet. Ihre Erinnerungen können sie auch heute noch bereichern. „Treppen dürfen da nicht im Wege stehen“, sagt Neger. Mit den zwei Änderungsanträgen hatte er kein Problem, da sie unter anderem vorsahen, den Außenbereich öffentlich zugänglich zu machen und die Städtepartnerschaften mit drei weiteren europäischen Städten (Valencia, Watford und Zagreb) sowie mit Erfurt zu intensivieren. „Der Außenbereich ist ohnehin öffentlich zugänglich und die Städtepartnerschaften zu intensivieren ist sehr sinnvoll“, sagt Neger. Am Ende hat der Stadtrat die Anträge mit großer Mehrheit beschlossen und so ein gemeinsames Zeichen für Inklusion und kulturellen Austausch gesetzt.



Die Stadträte Ursula Groden-Kranich und Thomas Neger sind sich einig:

**„Das Institut Français ist
eine wertvolle Einrichtung,
die es zu unterstützen gilt!“**





CDU-Stadtratsfraktion Mainz – Liveticker

Infos, Hintergründe, Fakten, Themen und Personen:

Hier erfahren Sie kurz und prägnant, für was sich die CDU-Stadtratsfraktion in den letzten Wochen in Ihrem Auftrag eingesetzt hat.



Die Landtagskandidaten Hannsgeorg Schöning, Sabine Flegel und Gerd Schreiner halten Sie in den sozialen Medien ständig auf dem Laufenden.

**+++ Der Landtagswahlkampf hat begonnen
+++ Folgen Sie den Kandidaten auf Facebook
und Instagram +++**



+++ Preise der Bürgerhäuser zu hoch +++ CDU fordert bezahlbare Räumlichkeiten +++

+++ Kommunikation zwischen Stadt und Schulen verbessern +++ Offene Stellen im Schulamt müssen schnell besetzt werden +++

+++ Zu wenig Kitaplätze +++ Personal fehlt +++ Stadt muss nachsteuern +++

**+++ MdB Ursula Groden-Kranich setzt sich erfolgreich für Mainzer Denkmalprojekte ein
+++ Bundeszuschüsse für Schloss, Rathaussanierung und Machbarkeitsstudie zum Gutenbergmuseum bewilligt +++ Bund, Land und Kommune zu gleichen Teilen in der Pflicht +++**



Ihre Meinung ist uns wichtig!

Teilen Sie uns gerne Ihre Ideen und Anregungen mit.



*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien persönlich, aber auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU-Stadtratsfraktion, eine besinnliche Vorweihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr! Bleiben Sie gesund.
Herzlichst Ihr*

Hannsgeorg Schöning

